FIGHT BACK!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig

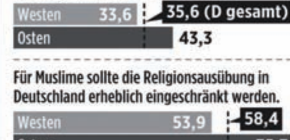








Den Rassismus der gesellschaftlichen Mitte bekämpfen!







NR. 47 DEZEMBER 2010

Wenn Rassismus salonfähig wird

Eigentlich wäre Thilo Sarrazin nur ein Rechtspopulist von vielen, der mit seinem Szenario eines Untergangs Deutschlands, gar des ganzen Abendlandes, versucht, im äußersten rechten Rand der Politiklandschaft auf Stimmenfang zu gehen. Eigentlich, denn Thilo Sarrazin stammt nicht aus den Reihen von CDU und/oder CSU. Er hat seit über 35 Jahren ein Parteibuch der SPD. Seine Laufbahn war bisher erfolgreich, wenn auch kaum von medialem Interesse, da er kaum die Prestigeämter inne hatte, die zu einer großen Berichterstattung führten.

Vielleicht würde er, als ehemaliges Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, noch immer zerknitterte Geldscheine aus dem Verkehr ziehen lassen, wenn er nicht eben Mitglied der SPD wäre.

Denn es ist nicht neu, dass PolitikerInnen der SPD Aussagen treffen, die soziale Ausgrenzungen und Rassismus fördern, doch bisher geschah das selten in einer solch offenen und plumpen Art. Kam es in der Vergangenheit mal zu Eskapaden, wie bei Kurt Beck, der einen Erwerbslosen herabwürdigte und ihm empfahl sich zu waschen um einen Job zu bekommen, waren das zwar Skandale, diese blieben dann aber zumeist ohne größere Folgen.

Doch ab 2008 trat Sarrazin an, um das Feld von hinten aufzurollen. Seine Aussagen über Hartz IV beziehende Menschen waren der Anfang, wobei diese mit leichter Empörung der Politlandschaft abgetan und dann ad acta gelegt wurden. Doch schon damals überspannte er den Bogen eindeutig. So stellte er erwerbslose Personen als sorglose und verschwenderische Menschen dar, die bei laufender Heizung mit dem offenen Fenster die Wärme regulieren würden und grundsätzlich hätten sie zu viel Geld und könnten gut mit weniger auskommen.



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. “Zur Habe-Name” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Wirklich losgelegt hat er erst in einem Interview mit der Kulturzeitschrift „Lettre International“, in denen er sich über die Migrationspolitik Berlins aufregte und erstmals mit seinem rassistischen Weltbild für Aufsehen sorgte. In dem Interview fing er mit seinen Theorien der Vererbungslehre an, die wie die Light-Variante von Alfred Rosenbergs rassistischen Schriften klangen. Dieser, seines Zeichens einer der bekanntesten Rasseideologen im dritten Reich, wäre sicherlich stolz gewesen.
Diese Thematik setzte er weiter fort, um schlussendlich ein ganzes Buch mit diesen Inhalten zu verfassen. „Deutschland schafft sich ab“ ist ein Bestseller, der schon 650.000 Mal verkauft wurde. Und hier kommt wieder sein Parteibuch ins Spiel. Wenn ein Nazi ala Udo Voigt (NPD-Vorsitzender) solche Aussagen trifft und versucht, das Wort „Kopftuchmädchen“ salonfähig zu machen, dann schreckt die Gesellschaft empört zurück, um sich von solchem Gedankengut aus der rechten Ecke zu distanzieren. Niemand möchte schließlich in Verbindung mit dem reaktionären Rand gebracht werden. Sonst darf man sich dort zusammen mit Eva Herman über Autobahnen unterhalten.
Aber wenn jemand aus der SPD das sagt, dann kann dieser Rassismus auch ganz anders bewertet werden.

„Endlich hat es jemand mal ausgesprochen“ ist der Satz, den man in letzter Zeit so oft hören konnte. Denn das ist es, was zurzeit viele Menschen denken und gleichzeitig auch das Motto notorischer Rassisten, die nun ihrerseits die Chance sehen, ihre menschenverachtende und reaktionäre Meinung offen kundzutun. Die Medien tun dabei ihr übriges. So greifen „FAZ“ und „Die Welt“ Artikel vom Sozialpädagogen Gunnar Helmsohn auf, der im Bereich der Ausgrenzung von erwerbslosen Menschen Hand in Hand mit Sarrazin geht. Dessen Artikel greifen arbeitslose Menschen an und stellen sie als Lasten der arbeitenden Bevölkerung dar. Damit schlägt er in die gleiche Kerbe wie Sarrazins Aussagen zu Arbeitslosen.
Und das Fernsehen?
Die großen Sendeformate im deutschen Fernsehen setzten Sarrazin unfähige DiskussionspartnerInnen entgegen, die nicht einmal wirklich wissen, was der Mann da geschrieben hat und ihn nur anhand des Aufschreis kritisieren, der durch den klar denkenden Teil der Gesellschaft ging.

Das Problem ist somit gar nicht Sarrazin alleine, sondern die Menschen, die sich nun ermutigt fühlen ihren Rassismus offener zu zeigen und ihn somit in alle Bereiche der Gesellschaft tragen. Ein seriöser Diskurs ist dabei fast unmöglich, werden als „Fakten“ doch Defizite bei der Integration von MigrantInnen in Deutschland in den Raum geworfen, ohne sie zu hinterfragen oder den Ursprüngen der Problematik auf den Grund zu gehen.
Dabei zeigen Studien wie die „Umfrage zur deutschen Einstellung“ das wahre Problem: Das sich ein Großteil der Gesellschaft nicht mehr schämt sich offen rassistisch zu zeigen. So ist die Gefahr nicht gering, dass sich eben eine Partei jenseits der CSU etabliert, die das erreicht, was u.a. „Die Republikaner“ immer wieder erfolglos versucht haben. Also eine rechtskonservative Alternative zu den großen bürgerlichen bzw. etablierten Parteien zu schaffen.
Unter anderem gibt es schon Anstalten, eine Partei namens „Die Freiheit“ zu schaffen, die sich genau dieses Wählerklientels bedient. Da bleibt zu hoffen, das Sarrazin nicht selbst in die Partei eintreten möchte, denn sein Gesicht an der Spitze würde sicherlich den Zugang zu diesem Wählerpotential vereinfachen. Der einzige Positiv ist der Buchtitel. „Deutschland schafft sich ab“? Ja, bitte.

Flüchtlingsproteste in Meinersen



Am 28.8. fand nun schon zum zweiten Mal in Gifhorn eine antirassistische, von Flüchtlingen mitorganisierte Demonstration statt, an der sich etwa 200 DemonstrantInnen beteiligten. Im Kampf gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der BRD wurden in diesem Fall von den betroffenen ZwangsbewohnerInnen des Flüchtlingsheims Meinersen die miserablen Umstände, unter denen sie zu leiden haben, in die Öffentlichkeit getragen. Das Lager in Meinersen befindet sich etwa 17 Kilometer westlich von Gifhorn und ist die „Gemeinschaftsunterkunft" für insgesamt 75 Flüchtlinge, welche dort auf engstem Raum teilweise sogar schon über 10 Jahre leben müssen. Das Heim Meinersen mit seinen katastrophalen Lebensbedingungen ist dabei Teil eines großen Lagernetzes innerhalb der BRD. Bewusst setzt der Staat hierbei auf die Isolation der Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften meist weit am Rande der Stadt oder des Dorfes untergebracht werden. Ihnen soll von vornherein ein Gefühl des Nichtwillkommenseins vermittelt werden, denn willkommen bist du in diesem System nur dann, wenn du maximalen Profit bringst.

Das von der Privatfirma K&S betriebene Heim befindet sich am Rande des 8200 Personen großen Ortes Meinersen. Die Gemeinde Meinersen hat einen Vertrag mit der Firma K&S bis zum Jahre 2018 abgeschlossen, welche damit eben für die Bewirtschaftung der Unterkunft zuständig ist. Als „führender Anbieter beim Bau und Betrieb von Seniorenresidenzen in Deutschland“ bezeichnet sich K&S selber, die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus: Gerade mal 1/3 der Firmenaktivitäten beziehen sich auf den Betrieb von Seniorenresidenzen, die restlichen 2/3 verdient sich dieses Wirtschaftsunternehmen durch das Betreiben von Flüchtlingsunterbringungen.
Je weniger sie dabei für die Verpflegung und Wartung der Räumlichkeiten oder das zuständige Personal ausgeben müssen, desto mehr Gewinn macht die Firma schlussendlich. Das was die Menschen dort zu erleiden haben, ist die grausame Realität der kapitalistischen Verwertungslogik.

Per Brief richteten sich die BewohnerInnen an die Kreisverwaltung Gifhorn, um den zuständigen Behörden ihre Lebensumstände klar zu machen. Darin äußerten sie, dass ihr tägliches Leben auf 5m² Wohnraum pro Person bzw. das gemeinsame Leben von 4-6 Personen in einem(!) Zimmer eine psychische Dauerbelastung ist, unter der die oftmals von der Flucht traumatisierten Flüchtlinge stark zu leiden haben; 75 BewohnerInnen müssen sich des weiteren gemeinsam ein Badezimmer, eine Küche und eine Toilette teilen. Nicht vorhandene Privatsphäre, die totale Isolation von einem alltäglichen Leben außerhalb der Unterkunft, der Aufenthaltsstatus „geduldet“ welcher jederzeit Abschiebung bedeuten kann und der damit permanent verbundene Stress tragen zur dauerhaften Belastung bei und führen letztlich zu Krankheiten, Depression und Aggressionen. Des weiteren werden die BewohnerInnen ständig von dem Heimleiter Rüdiger Thiemann schikaniert; jener öffnet regelmäßig ihre Post und informiert die zuständigen Behörden über längere Abwesenheit der BewohnerInnen.



Diese untragbaren Zustände

waren Anlass genug, um in Gifhorn zum wiederholten Male gemeinsam auf die Straße zu gehen und für die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Meinersen Wiesenweg 23, sowie für das dauerhafte Bleiberecht aller Flüchtlinge zu demonstrieren.
Im Gegensatz zum ersten Mal waren bei dieser Demonstration deutlich weniger BewohnerInnen anwesend, diese reagierten dazu auch noch relativ zurückhaltend. Der Grund hierfür war jedoch nicht ein mangelndes Interesse - sondern die Tatsache, dass die Behörden gezielt jenen Menschen mit Sanktionen drohten, welche sich über die Wohnbedingungen beschwerten. Dies sollte sich sowohl bei den Essensgutscheinen, als auch bei dem individuellen „Taschengeld" zeigen, falls sie an der Demo für ihre Rechte teilnehmen würden. Darüber hinaus wurde einigen Flüchtlingen sogar mit Abschiebung gedroht. Für viele würde das eine Abschiebung ins Nichts bedeuten, in eine Welt, in der sie obdachlos sind, wo sie Folter, Verfolgung oder gar der Tod erwarten.

Die Stadt selbst legte der Aktion weitere Steine in den Weg und sorgte bereits im Vorfeld für eine unzureichende Route. Die Demonstration führte somit nur zu einem geringfügigen Teil durch die Innenstadt und bot wenig Möglichkeit eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dennoch protestierten alle Beteiligten zum wiederholten Male lautstark in Gifhorn, um die Schließung der Unterkunft und das Bleiberecht aller Flüchtlinge zu fordern.

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!

JUGEND JAA! ANTIFA AKTION

Aktiv werden gegen Nazis, Staat und Kapital!

Jeden Montag 19 Uhr
Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

Sechs, Setzen – Abschiebung?!

Ein Beispiel rassistischer Ausgrenzung und kapitalistischer Verwertungslogik

Nach rassistischen Komplett-ausfällen à la Sarrazin mutet der Vorschlag von Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), „gut integrierten jungen Flüchtlingen“ bei guten Schulnoten die „Chance auf ein eigenes erfolgreiches Leben“ zu ermöglichen, beim ersten Hinhören geradezu fortschrittlich an.

Werden nach jetziger Rechtslage Minderjährige, deren Eltern abgeschoben werden, automatisch mit ausgewiesen, sollen nun Kinder und Jugendliche mit guten Noten die Möglichkeit erhalten, in der BRD zu bleiben. Auch für ihre Eltern gelte dann (bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs des Kindes) ein Abschiebestopp. Damit hinge das Schicksal ganzer Familien ausschließlich von der Leistungsfähigkeit des Kindes ab.

Das Bleiberecht an Zeugnisnoten festzumachen ist nicht nur menschenverachtend, sondern bei den Defiziten des deutschen Bildungssystems und der Tatsache, dass SchülerInnen mit Migrationshintergrund vielfach strukturell benachteiligt sind, auch zutiefst zynisch. Hier zeigt sich wieder einmal, dass in der Bundesdeutschen Flüchtlingspolitik nur nach Nutzen für den deutschen Arbeitsmarkt selektiert wird. Offen schreibt die CDU in einem Positionspapier vom 14.10.2010, dass sie mit diesen Vorschlägen primär „die arbeitsmarktpolitischen Potentiale von bereits in Deutschland lebenden Ausländern besser ausschöpfen“ wolle. Schünemann und Co. teilen Menschen ausschließlich nach ihrer „Verwertbarkeit“ ein und schüren somit rassistische Angst- und Scharfmacherei.

Nazis greifen Falken an ...
... AntifaschistInnen werden angeklagt

Am Montag, den 5. Juli 2010 versuchten zwei Männer gewaltsam in den Jugendtreff SUB der linken Jugendorganisation SJ - DIE FALKEN in der Kuhstraße in Braunschweig einzudringen, während dort gerade eine Veranstaltung stattfand (siehe dazu den Bericht in der letzten Ausgabe der Fight Back!). Einer der beiden Angreifer wurde von Anwesenden erkannt: Es war Oliver Sulz, Anhänger der Nazikameradschaft „Burschenschaft Thormania". Die Nazis der „Thormania" sind Mitorganisatoren des für den 4. Juni 2011 für Braunschweig angemeldeten Naziaufmarsch.
Nun wurden drei AntifaschistInnen angeklagt, nachdem sie an diesem Abend von der Polizei festgehalten wurden, als sie gerade auf dem Weg zum SUB waren, um die Falken zu unterstützen und um weitere potentielle Angriffe zu verhindern.

Solidarität ist eine Waffe!

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübegreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Sie unterstützt Menschen, die aufgrund ihrer linken politischen Betätigung von Repression bedroht sind und vor Gericht gestellt werden. Sie gibt Tipps im Umgang mit Polizei und Justiz und leistet finanzielle Unterstützung, z.B. für Anwaltskosten.



Wenn ihr von der Polizei oder Staatsanwaltschaft eine Vorladung oder eine Anklage bekommt, dann meldet euch umgehend bei der Ortsgruppe der Roten Hilfe:

Sprechstunde: Jeden 1. Dienstag im Monat um 19.00-19.30 Uhr im Antifa-Café
oder per Mail: braunschweig@rote-hilfe.de & Telefon: 0531-83828

Wichtig: Macht keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwalt! Wer eine Vorladung zur Polizei bekommt muss nicht hingehen und sollte auch nicht hingehen!

Während die Polizei hauptsächlich darum bemüht war, die Personalien der BesucherInnen der Veranstaltung festzuhalten, konnte Oliver Sulz kurz nach dem Angriff mit seinem Hund ganz offen durch das Viertel spazieren und sich völlig unbehelligt auf einem Parkplatz in der Nähe mit den anderen Nazis der „Thormania" treffen.



hinten links: Oliver Sulz beim Naziaufmarsch in Bad Nenndorf am 14.08.2010

Die Polizei unterdessen drückte weiter das rechte Auge zu – dafür war sie umso stärker darauf bedacht AntifaschistInnen festzusetzen: In der Nähe der Kuhstrasse hielt sie eine Gruppe von ca. 15 Personen fest, kontrollierte sie und erteilte Platzverweise.
Währendessen sammelte sich auf der Straße eine Spontandemo, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Im Anschluss daran wurden zwei Teilnehmer in Gewahrsam genommen. Auch gegen diese wurden Verfahren eröffnet.

Oliver Sulz hatte inzwischen bei der Polizei angerufen und behauptet, er sei aus einer Gruppe von AntifaschistInnen heraus attackiert worden. Obwohl Sulz hinterher niemanden aus der von der Polizei festgesetzten Gruppe als AngreiferIn identifizieren konnte, versucht die Staatsanwaltschaft einzelne AntifaschistInnen dennoch zu kriminalisieren. Drei erhielten Strafbefehle wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz". Bei ihnen hatte die Polizei Schals, Handschuhe und Hundeabwehrspray gefunden. Gegenstände, die eigentlich völlig legal sind. Das Mitführen dieser Gegenstände bei - oder auf dem Weg zu - einer öffentlichen Versammlung, kann allerdings unter Um-

ständen strafbar sein. Eine „Öffentliche Versammlung" hatte aber gar nicht stattgefunden.

Zwei Antifaschistinnen legten auf Anraten der Ortsgruppe der Roten Hilfe Braunschweig gegen den Strafbefehl Widerspruch ein und nahmen sich eine Anwältin. Die beiden Verfahren wurden daraufhin von der Staatsanwaltschaft gegen Zahlung von je 100 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung eingestellt. Offensichtlich war man sich bei der Staatsanwaltschaft nicht mehr so sicher, ob es überhaupt zu einer Verurteilung kommen würde.

Auch wenn die Verfahren mit einer Einstellung endeten: Wieder einmal wurden Diejenigen kriminalisiert, die sich gegen Nazis und ihre Angriffe engagieren und zur Wehr setzen.

Achtet auf weitere Ankündigungen zu den Prozessen: www.antifacafe.de.vu



Stuttgart 21: Kastanien vs. Staatsgewalt



30.09.2010: Pfefferspray, Schlagstöcke und Wasserwerfer, über 400 Verletzte: bei einem Großeinsatz im Stuttgarter Schlossgarten geht die Polizei mit aller Härte gegen DemonstrantInnen vor. Es sind „ganz normale, friedliche“ BürgerInnen, von Jugendlichen bis zu RentnerInnen, die mit Gewalt aus dem Weg geräumt werden, weil sie gegen Baumfällungen protestieren.

Der Grund, warum sich an diesem Tag Tausende im Schlossgarten einfanden, waren die für die Nacht angekündigten Baumfällungen für das Bauvorhaben Stuttgart 21, dem ersten einer Reihe von Projekten der Deutschen Bahn AG zum Umbau einiger Bahnhöfe mit dem Ziel der Netzoptimierung. Das Konzept sieht vor, dass der vorhandene Kopfbahnhof in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut wird. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf ca. 4 Milliarden € geschätzt.

Kritik an dem Vorhaben gab es allerdings schon von Anfang an. Viele sehen es als sinnloses, überteuertes Prestigeobjekt, das noch dazu mangelhaft geplant sei sowie ökologisch und verkehrstechnisch zweifelhafte Folgen haben könnte. Nachdem sowohl Bürgerbegehren als auch Klagen gegen das Projekt abgelehnt wurden und die Regierung die seit Ende 2009 anhaltenden Proteste kaum beachtete, stieg bei den GegnerInnen auch die Wut darüber, von der Politik ignoriert zu werden. Dazu kommt die Empörung über das Vorgehen der Polizei gegen die Proteste auf der Straße.

Das brutale Vorgehen der Polizeieinheiten löste eine bundesweite Solidaritätswelle aus. Von allen Seiten hagelte es Kritik: der Einsatz sei unverhältnismäßig, überzogen und hätte auf Eskalation abgezielt. So behauptete die Polizei zuerst, die Protestierenden hätten sie mit Steinen angegriffen, später wurden daraus Kastanien. Außerdem wurden auch Vorwürfe laut, die Polizei hätte Zivilpolizisten als Provokateure innerhalb der Blockaden eingesetzt.



Im Oktober 2010 waren nach Umfragen über 50% der Bevölkerung für einen Baustopp, nur 33% dagegen. Niemand konnte verstehen, warum die Polizei mit solcher Härte gegen friedfertige BürgerInnen vorgeht, die doch nur von ihrem Recht auf Protest Gebrauch machen. Der vorherrschende Tenor: Entsetzen darüber, dass die Polizei Frauen, Kinder und RentnerInnen verprügelt, dass friedliche Proteste „ganz normaler Bürger“ gewaltsam unterbunden werden. Die Ereignisse in Stuttgart haben aber gezeigt, dass es nicht nur von den Protestierenden abhängt, ob Proteste gewaltfrei bleiben. Alle konnten deutlich sehen, wie der Staat reagiert, wenn seine BürgerInnen „ihr Demonstrationsrecht überstrapazieren“ (so der baden-württembergische Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack). Sobald direkt die Zufahrtsstraßen durch Sitzblockaden versperrt wurden, war es die Polizei, die Gewalt einsetzte. Denn sobald Protest den symbolischen Rahmen verlässt, z.B. durch das Besetzen von Privatgelände, Schienen oder einer Naziroute, geht die Gewalt vom Staat aus, sofern die Geschehnisse nicht zufälllig im Interesse der Regierenden sind. Dieser Widerstand ist aber dennoch wichtig, notwendig und auch erfolgreich, wie die Proteste gegen den Castor-Transport oder die Verhinderung des Naziaufmarschs im Februar in Dresden gezeigt haben. Deshalb wird es auch in Braunschweig am 04. Juni 2011 wichtig sein, direkt und vor Ort gegen die Nazis zu protestieren, wenn wir den Naziaufmarsch verhindern wollen.

Karlas Kolumne:

DER ISLAM ALS UNTERGANG DES ABENDLANDES UND „CHRISTLICHE LEITKULTUR“ ALS TAPFERER RETTER DER FRAUENRECHTE?

Nicht erst seitdem ein rechtspopulistischer SPD-Politiker (man beachte den Artikel zu Sarazzin) seine Thesen über die angebliche Integrationsunfähigkeit von Muslimen medienwirksam verbreitet, schallt es immer wieder (vornehmlich) aus dem konservativen bis rechtspopulistischen Lager, der Islam sei an sich frauenfeindlich und bedrohe damit das ach so liberale Abendland.

Bevor man sich allerdings weiter mit der Thematik befasst, sollte man einen Blick in die politischen Programme der rechtspopulistischen Parteien Europas werfen. Schnell wird man feststellen, dass sich diese ganz sicher nicht durch die Förderung von Gleichberechtigung auszeichnen. Die Schweizerische Volkspartei beispielsweise beteuert zwar, dass sie Frauen und Männer als gleichwertig ansehe und sie daher auch gleiche Berufschancen erhalten sollten. Gleichzeitig fordert sie aber auch die Abschaffung von Gleichstellungsinitiativen und verlangt, Kindertagesstätten müssten von Eltern privat finanziert werden und sollen nicht staatlich gefördert werden, da Betreuung hauptsächlich private Aufgabe sei.
Die lautesten Kritiker des Islams nehmen es also selbst mit Frauenrechten nicht allzu genau. Der wahre Grund für die Ablehnung des Islams dürfte daher wohl kaum der selbstlose Einsatz für die Armen und Unterdrückten dieser Welt sein. Viel mehr dient der Ruf nach Frauenrechten dazu, die Forderung nach einer deutschen, wahlweise auch europäischen „Leitkultur“ zu legitimieren. Gern berufen wird sich dabei auf die Aufklärung, die Hand in Hand mit dem Christentum für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfe. Und genau hier liegt auch schon der Knackpunkt: Die klassische Aufklärung scherte sich nämlich einen Dreck um Gleichberechtigung, mit ihr ging zwar ein Wandel des Frauenbildes einher, das hieß aber noch lange nicht mehr Rechte für Frauen. Stattdessen wurde die Naturgegebenheit des Geschlechterverhältnisses gepredigt: Männer sollen sich um die

gesellschaftlichen und geschäftlichen Dinge kümmern, Frauen gehören ins Haus und haben sich um Kindererziehung – natürlich im Sinne der Aufklärung – zu kümmern.

Nicht viel anders steht es mit dem Christentum, das gern als moderne Wohlfühl-Religion gehypt wird. Nimmt man das Christentum jedoch ernst und schaut in die Bibel, ist diese Religion plötzlich gar nicht mehr so kuschelig. Genau wie auch der verteufelte Koran enthält die Bibel extrem frauenverachtende Passagen. Im Gegenzug dazu enthalten aber auch beide Bücher Stellen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter verkünden. Insgesamt sind sich beide Religionen mit sich selbst ziemlich uneins und meistens kommt es noch dazu auf die Übersetzung und die Rezeption an. Daher lassen sich mit Bibel und Koran so ziemlich alles belegen, beispielsweise, dass Hasen Wiederkäuer seien (vgl. 3.Mose 11,6 in Lutherübersetzung).
Allerdings kann man mit Blick auf die Geschichte und Gegenwart des europäischen Christentums wohl kaum ernsthaft annehmen, dass der global gesehen relativ hohe Stand an Gleichberechtigung in Deutschland tatsächlich auf einer „christlichen Leitkultur" basiere.
Ganz im Gegenteil, die CSU, also jene Partei, die heute besonders die christlichen Werte zur Bewahrung des liberalen Abendlandes ins Feld führt, hat sich in der Vergangenheit besonders unrühmlich zum Thema Frauenrechte hervorgetan. So votierten 1994 noch immer Abgeordnete der CSU gegen die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe – mit der Begründung, das Gesetz könne von verheirateten Frauen „missbraucht" werden, um abtreiben zu dürfen.

Irgendwie kann ich persönlich nicht ganz an das Wunder der plötzlichen Läuterung der CSU glauben und vermute eher, dass sich hinter dieser Kritik des Islams eine stinkende Doppelmoral verbirgt und die ganze Diskussion nur geführt, wird um von eigenen Problemen abzulenken und die eigentlichen rassistischen Positionen unter dem Deckmäntelchen der Frauenrechte zu verbergen. Aber die Sache mit den Wundern ist wohl nicht meine Sache und daher überlasse ich sie wohl auch lieber denen, die sich damit auskennen – den Religionen.



07. Januar

20 Uhr **Veranstaltung:**
Widerstand in Braunschweig 1933-1945 - Ein Überblick

21. Januar, 18. Februar, 04.März

20 Uhr **lecker Essen für 2 €**

04. Februar

20 Uhr **Diskussionsveranstaltung:**
“Gibt es ein richtiges Leben im Falschen?”

zum Konsumverhalten im Kapitalismus

im Antifaschistischen Café
Cyriaksring 55